

DEUTSCHLAND DÖST



Deutschland befindet sich zurzeit in einer außerordentlich guten wirtschaftlichen Verfassung. Die deutsche Wirtschaft bewegt sich auf einem stabilen Wachstumspfad bei stabilen Preisen, deutsche Unternehmen behaupten sich mit hoher Wettbewerbsfähigkeit auf den Weltmärkten, die Arbeitslosenquote ist auf den niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung gefallen, in einigen Landesteilen herrscht sogar Vollbeschäftigung. Auch in den öffentlichen Finanzen schlägt sich die gute wirtschaftliche Lage nieder. Die Gebietskörperschaften profitieren von hohen Steuereinnahmen. Seit drei Jahren weist der gesamtstaatliche Haushalt einen Überschuss aus. Für das Jahr 2017 ist wiederum mit einem Überschuss zu rechnen.

Es dürfte der guten wirtschaftlichen Lage geschuldet sein, dass es dem Bundestagswahlkampf in diesem Jahr an einem beherrschenden wirtschaftspolitischen Thema mangelt. Selbst die im Bundestagswahlkampf des Jahres 2013 noch hitzig geführte Debatte um tatsächliche oder vermeintliche soziale Schieflagen scheint dieses Mal keine große Rolle mehr zu spielen.

Angesichts des müden Bundestagswahlkampfes schreibt der britische „Economist“, „Deutschland döst“ und vergleicht die deutsche Gesellschaft mit einem Bundesadler, der vor einem Fernse-

Die gute wirtschaftliche Lage unseres Landes lullt die Wahlkämpfer ein. Das ist gefährlich: Wir drohen die Zukunft zu verschlafen. Die liberalen Ökonomen des *Kronberger Kreises* haben ein Programm für die nächste Regierung.

her eingeschlafen ist, in dem gerade Nachrichten über die Probleme im Rest der Welt laufen.

„Wer aber schläft dahin ohn' Sorgen, der weiß oft nicht wohin am Morgen“, dichtete Johann Friedrich Fischart vor mehr als 400 Jahren und beschrieb damit eine Situation, in der sich Deutschland bald wiederfinden könnte, wenn es sich angesichts der gegenwärtig guten wirtschaftlichen Lage weder um die ungelösten wirtschaftlichen Probleme der Gegenwart noch um die Herausforderungen der Zukunft kümmert.

Auf internationaler Ebene werden zwei Entwicklungen Deutschlands Wirtschaftskraft in Zukunft erheblich herausfordern. Erstens dürfte die Flüchtlingskrise ein dauerhaftes Problem bleiben, denn der Andrang von Flüchtlingen aus Kriegs- und Armutsregionen wird auf un-absehbare Zeit anhalten. Zwar ist die Be-

wältigung der Flüchtlingskrise vor allem eine humanitäre Aufgabe. Sie wird aber voraussichtlich zu erheblichen und dauerhaften Belastungen in den öffentlichen Haushalten führen, und diese müssen darauf vorbereitet sein.

Zweitens wird Deutschland in Zukunft wohl mehr Verantwortung für seine eigene Sicherheit und Verteidigung übernehmen müssen. Nicht erst seit Antritt der Trump-Regierung, seither aber unüberhörbar, schwindet die Bereitschaft der Amerikaner, die Hauptlast für die internationale Sicherheit zu tragen. Zwar ist noch nicht absehbar, wie die Verantwortung für internationale Sicherheit in Zukunft verteilt wird. Absehbar ist aber, dass Deutschland einen weitaus größeren Anteil seiner Wirtschaftsleistung für Sicherheit und Verteidigung aufwenden müssen als bislang. Auch dafür müssen die öffentlichen Haushalte gerüstet sein.

Eine Herausforderung auf nationaler Ebene stellt der demographische Wandel dar. Dass die Bevölkerung altert und zugleich in einigen Landesteilen schrumpft, ist zwar nicht neu. Die damit verbundenen Lasten sind aber noch längst nicht vollumfänglich in der öffentlichen Diskussion angekommen. Beide Entwicklungen werden Deutschland noch für Jahrzehnte beschäftigen. In den öffentlichen Haushalten werden deutliche Mehrbelastungen für die Alterssicherung und für die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung entstehen. Außerdem wird das Angebot an öffentlichen Gütern in Regionen mit schrumpfender Bevölkerung pro Kopf teurer und zugleich die öffentliche Verschuldung pro Kopf höher.

Auch die Arbeitswelt wird durch den demographischen Wandel herausgefordert. Ältere Arbeitnehmer werden stärker in den Wertschöpfungsprozess integriert, und eine schrumpfende Erwerbsbevölkerung wird durch stärkere Automatisierung ersetzt werden müssen. Der technische Fortschritt, insbesondere die Digitalisierung, kann dabei eine zentrale Rolle spielen. Dazu bedarf es aber eines innovationsfreundlichen gesellschaftlichen Klimas. Sonst wird der demographische Wandel zu einer lang anhaltenden Wachstumsschwäche der deutschen Wirtschaft führen.

Schließlich bleibt die europäische Einigung ein Dauerthema auf der politischen Agenda. Zwar haben sich die Wachstumsperspektiven auch in den anderen europäischen Volkswirtschaften in jüngerer Zeit aufgehellt. Insbesondere die mangelnde Schuldenfähigkeit in einigen Mitgliedstaaten der Europäischen Währungsunion (EWU) gibt aber nach wie vor Anlass zu großer Sorge. Noch immer ist die Architektur der Währungsunion nicht ausreichend stabil, um Überschuldungskrisen in einzelnen Mitgliedstaaten standzuhalten.

Die Europapolitik wird zudem durch den Brexit herausgefordert. Um den damit verbundenen Schaden in Grenzen zu halten, ist nicht nur ein angemessener Interessenausgleich mit Großbritannien notwendig, sondern auch ein neues Verständnis dafür, welche Aufgaben in Europa in Zukunft gemeinschaftlich übernommen werden und welche auf mitgliedstaatlicher Ebene verbleiben sollen, damit der europäische Einigungsprozess nicht weiter an gesellschaftlicher Akzeptanz verliert.

Wenngleich der diesjährige Bundestagswahlkampf nicht gerade diesen Eindruck vermittelt, so sind doch die Aufgaben, denen sich die kommende Bundesregierung gegenübersehen wird, gewaltig. Es gibt eine Reihe von zentralen Politikbereichen, in denen erheblicher Handlungsbedarf besteht. Hinzu kommen manche im Bundestagswahlkampf diskutierten Reformvorschläge, deren Umsetzung mehr schaden als nutzen würde.

An erster Stelle steht das Thema Digitalisierung. Hier trifft das Bild des schlafenden Deutschlands, das in seiner Ruhe nicht gestört werden will, am meisten zu. Die Digitalisierung der Wirtschaft vollzieht sich zwar mit großen Schritten. In Deutschland wird diese Entwicklung aber eher als Störung empfunden, als dass darin Chancen für die Lösung drängender Zukunftsprobleme erkannt werden. Digitalisierung wird vor allem als Bedrohung gesehen, die den Bürger dem Datenhunger mächtiger IT-Firmen wie Amazon und Google ausliefert. Entsprechend haben politische Maßnahmen zur Digitalisierung in jüngerer Zeit eher dazu beigetragen, die Digitalisierung durch Verbote einzudämmen, statt ihre Entwicklung zu fördern. Entgegen dem Eindruck in der Öffentlichkeit ist der Rückstand Deutschlands in der Digitalisierung nicht auf der Angebotseite, etwa einem unzureichenden Breitbandausbau, zu suchen. Der Rückstand findet sich vielmehr auf der Nachfrageseite, beispielsweise im fehlenden sogenannten Take-up von Breitbanddiensten. Ein wesentlicher Grund für die Nachfrageschwäche sind strikte und oftmals innovationsfeindliche Regulierungen vieler digitaler Dienste. Sinnvoll wäre es, eine Digitalisierungskommission einzurichten, die eine systematische Gesamtbetrachtung der verschiedenen für die Digitalisierung relevanten Rechtsbereiche vornimmt und Reform-

bedarfe identifiziert, die in eine kohärente und innovationsoffene, digitale Reformagenda münden.

Im Bereich der Staatsfinanzen besteht ebenfalls Reformbedarf, trotz der aktuell guten Lage, in der sich die öffentlichen Haushalte befinden. Diese Lage hat innerhalb Deutschlands allerlei Begehrlichkeiten geweckt. Auch von außen werden Wünsche an Deutschland herangetragen, die auf mehr Ausgaben und eine höhere Staatsverschuldung hinauslaufen. So soll Deutschland mit höheren Ausgaben für die Infrastruktur Impulse liefern für die europäische Konjunktur und außerdem eine oft deutlich überzeichnete Lücke bei den Infrastrukturinvestitionen schließen. Angesichts des konjunkturellen Aufschwungs nicht nur in Deutschland, sondern in Europa insgesamt käme freilich ein zusätzlicher Konjunkturimpuls aus Deutschland zur Unzeit. Und ob es tatsächlich eine signifikante Investitionslücke bei der öffentlichen Infrastruktur gibt oder diese eher herbeigeredet wird, ist umstritten. Tatsächlich ist die gute Finanzlage der öffentlichen Haushalte in Deutschland nicht das Ergebnis einer übermäßig restriktiven Ausgabenpolitik, wie oft behauptet wird. Staatskonsum, staatliche Transfers und staatliche Investitionen wurden in den vergangenen vier Jahren sogar erheblich ausgeweitet. Die Überschüsse in den öffentlichen Kassen sind hauptsächlich Folge niedriger Zinsausgaben und hoher öffentlicher Einnahmen. Angesichts der zuvor beschriebenen Belastungen, die ohnehin auf die öffentlichen Haushalte in Deutschland zukommen werden, ist deshalb bei den Staatsausgaben Zurückhaltung angebracht.

Statt zusätzliche öffentliche Ausgaben auf die Agenda zu setzen, sollte sich die Finanzpolitik mit der Einnahmeseite befassen. Die Einkommensteuerbelastung ist im mittleren Einkommensbereich stark anreizfeindlich. Hier sollte eine spürbare Entlastung stattfinden. Diese sollte jedoch nicht mit Steuererhöhungen in oberen Einkommensbereichen verbunden sein. Vergessen wird allzu oft, dass die Gewinne der Personengesellschaften und Einzelunternehmer der Einkommensteuer unterliegen, so dass Steuererhöhungen dort zu negativen Investitionsanreizen führen. Überhaupt sollte die Unternehmensbesteuerung wieder stärker in den Fokus der Steuerpolitik rücken. Deutschland hat seine steuerliche Wettbewerbsposition international vor allem wegen steigender Gewerbesteuerbesätze verschlechtert. Bei der Besteuerung von Unternehmensgewinnen gehört Deutschland inzwischen wieder zur Gruppe mit der höchsten Belastung unter den OECD-Ländern. Dabei wird sich der internationale Steuerwettbewerb aufgrund des Brexit und nach der anstehenden Steuerreform in den Vereinigten Staaten weiter intensivieren. Deutschland könnte dieser Entwicklung mit einer Herstellung der Finanzierungsneutralität der Besteuerung etwa über eine Zinsbereinigung des Grundkapitals begegnen.

Von der Wiedereinführung einer allgemeinen Vermögensteuer, wie sie unter anderem von den Parteien Die Grünen und Die Linke gefordert wird, ist dagegen dringend abzuraten. Sie würde implizit zu einer deutlichen Zusatzbelastung auf Kapitalerträge führen und Deutschland als Unternehmensstandort erheblich schwächen. Die meist mit Gerechtigkeitsargumenten motivierte Vermögenssteuerdiskussion geht an der Tatsache vorbei, dass das Steuer- und Transfersystem in Deutschland bereits jetzt einen starken Ausgleich zwischen ärmeren und reichen Bevölkerungsschichten bewirkt.

Beim Thema Ungleichheit von Einkommen und Vermögen besteht ein Kontrast zwischen teils alarmistischen Berichten in den Medien und den eher unspektakulären Fakten. Deutschland weist im internationalen Vergleich eine geringe Ungleichheit der verfügbaren Einkommen auf. Die bestehende Ungleichheit hat sich in den vergangenen Jahren zudem kaum verändert. Betrachtet man statt der verfügbaren Einkommen die Lebenszufriedenheit, so hat die Ungleichheit in Deutschland in den letzten Jahren sogar abgenommen. Das hat insbesondere mit der guten Entwicklung am Arbeitsmarkt zu tun. Damit zeigt sich abermals, dass ein guter Zugang zum Arbeitsmarkt eine zentrale

Voraussetzung für soziale Teilhabe breiter Bevölkerungsschichten darstellt. Damit das auch in Zukunft so bleibt, sind insbesondere weitere Anstrengungen in der Bildung notwendig, so dass Angehörige aus allen sozialen Schichten eine angemessene Qualifikation erwerben können. Weiterer Umverteilungsinstrumente bedarf es dazu nicht.

Ähnlich wie die Ungleichheit wird das Thema Altersarmut öffentlich skandalisiert. Die dort entwickelten Bedrohungsszenarien passen allerdings weder zum aktuellen noch zum künftigen Umfang der Altersarmut. Alte Menschen gehören in Deutschland zu den wenigsten von Armut bedrohten Bevölkerungsteilen. Dennoch sind zur Sicherung des Alterseinkommens Reformschritte in der Gesetzlichen Rentenversicherung nötig. Angesichts der Alterung der Bevölkerung muss insbesondere über eine weitere Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters nachgedacht werden. Es empfiehlt sich, das gesetzliche Renteneintrittsalter an die Entwicklung der Lebenserwartung zu koppeln, so dass eine höhere Lebenserwartung automatisch zu einem höheren Renteneintrittsalter führt. Abzulehnen sind dagegen Solidarrentenkonzepte, wie sie gegenwärtig die SPD favorisiert. Diese beinhalten, dass Personen mit langjähriger Versicherungshistorie, aber geringen Rentenansprüchen in der Gesetzlichen Rentenversicherung systematisch bessergestellt werden. Dadurch würde freilich der auf Beitragsäquivalenz beruhende Versicherungscharakter der öffentlichen Alterssicherung, der sich bislang bewährt hat, verlorengehen. Um das Alterseinkommen von Personen, die trotz langjähriger Versicherung in der Gesetzlichen Rentenversicherung nur einen geringen Rentenanspruch haben, über das Niveau der Grundsicherung anzuheben, könnte ein Freibetrag bei der Anrechnung auf die Grundsicherung eingeführt werden, wie er beispielsweise schon für die Riester-Rente gilt. Das ist deutlich sinnvoller als eine Solidarrente.

Beim Thema Europa sollte die künftige Bundesregierung insbesondere auf eine bessere Stabilisierung der Europäischen Währungsunion hinwirken. Ein zentrales Element einer stabilen Währungsunion besteht darin, dass jeder Mitgliedstaat die volle fiskalische Verantwortung für seine Wirtschaftspolitik übernimmt. Droht ein Mitgliedstaat zahlungsunfähig zu werden, so sollte eine geordnete Umschuldung einschließlich einer Inpflichtnahme der Gläubiger die Konsequenz sein, nicht aber die Mithaftung anderer Mitgliedstaaten der Währungsunion. Die Europäische Kommission sollte sich bei der Überwachung der Fiskalpolitik der Mitgliedstaaten nicht von kurzfristigen politischen Opportunitäten leiten lassen, sondern auf eine strikte Einhaltung der Regeln im Sinne der europäischen Verträge bedacht sein. Auch die Europäische Zentralbank hat durch ihr umfangreiches Anleihekaufprogramm zur Weichzeichnung der wirtschaftspolitischen Verantwortung in der Währungsunion beigetragen. Angesichts einer sich aufhellenden Konjunktur in der Eurozone und einer steigenden Inflationsrate ist es höchste Zeit, dass die Europäische Zentralbank eine Strategie für den Ausstieg aus dem Anleihekaufprogramm implementiert.

Insgesamt sollte beim Thema Europa mehr auf Marktdisziplin vertraut werden. Neben der Gläubigerhaftung ist es deshalb erforderlich, die Privilegien aufzugeben, die staatliche Schuldner in der Bankenregulierung genießen. Außerdem sollten die Regeln der Bankenunion wie vereinbart umgesetzt werden sowie Schlupflöcher in diesem Regelwerk geschlossen werden. Zu warnen ist vor einer Europapolitik nach der Devise: weitere Europäisierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik im Tausch gegen mitgliedstaatliche Reformen. Die Mitgliedstaaten, allen voran Frankreich und Italien, sollten aus wohlverstandener Eigeninteresse Reformen durchführen. Eine „Belohnung“ durch die europäischen Partner erweckt falsche Eindrücke über die Verantwortung für diese Reformen und führt nur zu Streit und Enttäuschungen.

Der Kronberger Kreis ist ein Zusammenschluss deutscher Wirtschaftsliberaler. Dazu gehören die VWL-Professoren Lars Feld, Clemens Fuest, Justus Haucaap, Heike Schweitzer, Volker Wieland und Berthold Wigger.



Merkel oder Schulz: Bei wem zahlen Sie weniger Steuern?

Bundestagswahl.

Deutschland hat die Wahl. Wir erklären die Details.

Jetzt Handelsblatt Digital 4 Wochen kostenlos testen.

Jetzt Angebot sichern:
angebot.handelsblatt.com/BuWa

Handelsblatt
 Substanz entscheidet.

Dies ist ein Angebot der Handelsblatt GmbH, Kasernenstraße 67, 40213 Düsseldorf.